



Antrag-Nr.: 1.1
zu TOP: 8
Rasterpkt.: Allg. Gesundheitspolitik

A N T R A G **zur Hauptversammlung vom 10. bis 12. Oktober 2013 in Bonn**

Antragsteller: Bundesvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

Landesverband:

Headline: Resolution

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

- 1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die
2 kommende Bundesregierung auf, bei anstehenden Reformen im Gesundheitswesen
3 die gesundheitspolitischen Forderungen des Freien Verbandes umzusetzen:
4
- 5 **1 Ein offenes, freies Versicherungssystem mit Wahlfreiheit der Bürger – gegen**
6 **ein Einheitssystem wie die „Bürgerversicherung“**
7 Die Bürgerversicherung löst keines der bestehenden Probleme von GKV und PKV.
8 Einheitssysteme sind vor allem Kontrollsysteme, in denen Zahn/Ärzte und Versicher-
9 te/Patienten von Bürokraten der Krankenkassen und der Gesundheitsbehörden diri-
10 giert werden. Zur Problemlösung fordert der Freie Verband die Weiterentwicklung
11 des dualen Versicherungssystems.
12
- 13 **2 Prämienmodell – Finanzierung der GKV über Prämien**
14 Die Kosten in der Gesetzlichen Krankenversicherung können angesichts der demo-
15 graphischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts schon in we-
16 nigen Jahren nicht mehr über das derzeitige Umlagesystem finanziert werden.
17
- 18 **3 Schluss mit der Sachleistung – für eine direkte Patienten-Arzt-Beziehung**
19 Dazu gehören die direkte Abrechnung der Behandlungskosten mit dem Patienten
20 und die Erstattung seiner Kosten durch seinen Kostenträger (Krankenkasse/-
21 versicherung). Sachleistung ist anonym und verschleiert Leistung und Kosten der
22 Behandlung.

Abstimmung: bei wenigen Enthaltungen angenommen

23 **4 Leistungsgerechte Honorierung – Aufhebung der Budgetierung**
24 Die Ausbeutung des Berufsstandes in der GKV durch Budgetierung und Degression
25 und bei der Privatbehandlung durch fünfundzwanzigjährigen Gebührenstillstand ist
26 zu beenden.

27
28 **5 Wirksamer Schutz aller Gesundheitsdaten**
29 Die Speicherung und die Auswertung von Patienten- und Behandlungsdaten auf
30 Systemen außerhalb der Praxen ohne wirksame Widerspruchsmöglichkeiten der Be-
31 troffenen widersprechen dem informationellen Selbstbestimmungsrecht des Bürgers
32 und sind auf das gesetzlich geregelte Minimum zu beschränken.

33
34 **6 Bürokratieabbau in der Praxis**
35 Der stetig steigende Aufwand an Verwaltungsarbeit verursacht hohe Kosten und
36 nimmt dem Zahnarzt die notwendige Zeit für Zuwendung und Behandlung.

37
38 **7 Freie Arztwahl und freie Arzt-Patientenbeziehung**
39 Die freie Arztwahl ist ein Grundpfeiler der freien Berufsausübung. Fremdbestimmung
40 der Patienten durch Steuerung der Patientenströme und Eingriffe in die Arzt-
41 Patientenbeziehung durch Dritte widersprechen dem Selbstbestimmungsrecht und
42 der Mündigkeit des Bürgers.